Nachhaltige Gleichheit



progressive society

Bericht der Unabhängigen Kommission für Nachhaltige Gleichheit | 2019-2024



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Progressive Society – Fortschrittliche Gesellschaft
ist eine Initiative der Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

www.socialistsanddemocrats.eu


TheProgressives


socialistsanddemocrats


socsanddems


socsanddems


socsanddems


socialistsanddemocrats

Was ist Progressive Society?

Progressive Society – Fortschrittliche Gesellschaft – ist eine Initiative der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D-Fraktion).

Sie wurde im Januar 2018 von den drei damaligen Stellvertretenden Vorsitzenden der S&D-Fraktion, Udo Bullmann, Isabelle Thomas und Kathleen Van Brempt, ins Leben gerufen und ist von den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung inspiriert.

Mit der Initiative wird darauf abgezielt, die legislative und nichtlegislative parlamentarische Arbeit der S&D-Fraktion in zahlreichen europäischen Politikbereichen zu bereichern. Die Palette reicht von der Haushalts- über die Landwirtschafts-, Fischerei-, Regional-, Umwelt-, Industrie-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial-, Gleichstellungs-, Bildungs- und Kultur- bis hin zur Binnenmarktpolitik. In all diesen Politikbereichen ist die S&D-Fraktion bereits tätig, um eine nachhaltige Umgestaltung unserer Volkswirtschaften und unserer Gesellschaften voranzutreiben.

Die S&D-Fraktion ist die erste Fraktion im Europäischen Parlament, die sich bei ihrem Wirken in den internen Politikbereichen der EU auf eine kohärente Strategie für eine nachhaltige Entwicklung stützt. Um diesen Ansatz durch eine Vision und durch Ideen zu untermauern und um das politische Handeln der S&D-Fraktion enger mit anderen Akteuren – insbesondere in Gewerkschaften und nichtstaatlichen Organisationen – zu verknüpfen, wird Progressive Society sich weiterhin um ein tieferes und breiteres Verständnis der mit der Nachhaltigkeit verbundenen Herausforderungen bemühen und erarbeiten, wie sich die Politik wandeln muss, um die Umgestaltung in Richtung unseres letztlichen Ziels voranzutreiben: einer Gesellschaft mit nachhaltigem Wohlergehen für alle.



Éric Andrieu
Stellvertretender Vorsitzender S&D-Fraktion



Mercedes Bresso
Stellvertretende Vorsitzende S&D-Fraktion



Kathleen van Brempt
Stellvertretende Vorsitzende S&D-Fraktion

www.progressivesociety.eu



Zusammenfassung

Die Unabhängige Kommission für nachhaltige Gleichheit wurde damit beauftragt, eine neue, fortschrittliche Vision zu entwickeln, die auf nachhaltiger Entwicklung beruht. Dieser Auftrag, mit dem darauf abgezielt wird, Ungleichheiten in Europa zu bekämpfen, ist von den Zielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung inspiriert, die alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union und zahlreiche weitere Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Jahr 2015 angenommen haben. Diese visionäre Agenda ist noch immer nicht vollständig und klar in politische Strategien und Maßnahmen oder in spezifische Zielsetzungen der Europäischen Union umgesetzt worden.

Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um den ersten politischen Bericht der Unabhängigen Kommission. Darin wird in Gestalt von 110 Vorschlägen für politische Maßnahmen und Strategie ein Aufruf zum Handeln für ein radikal anderes Europa formuliert. Diese Vorschläge können von fortschrittlichen Parteien und anderen Akteuren während der nächsten Legislaturperiode von 2019 bis 2024 verfolgt werden. Zudem ist der Aufruf eingebettet in einen radikal anderen Ansatz für das Regieren in Europa, der auf einem neuen Pakt für nachhaltige Entwicklung beruht.

Die Unabhängige Kommission hält eine solche radikale Erneuerung des politischen Handelns für dringend geboten, denn Europa und die Welt sieht sich derzeit mit einer Reihe von Krisen konfrontiert, die sich gegenseitig verstärken und aufschaukeln, und die Sozialdemokratie braucht an diesem Scheideweg ihrer politischen Geschichte neue Lebenskraft. Diese – wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen – Krisen sind eine Folge der vorherrschenden Wirtschaftsordnung. Wenn ein grundlegender Wandel ausbleibt, werden diese Krisen zum Zusammenbruch der Demokratie führen. Entweder, weil autoritäre Populisten und extremistische Kräfte entscheidende Macht überall in Europa erlangen werden oder weil die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen ein für die Gesellschaft destabilisierendes Ausmaß annehmen werden. So ist beispielsweise im jüngsten Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change) die ökologische Herausforderung ganz deutlich herausgearbeitet worden. Eine neue Finanzkrise, die von manchen Fachleuten bereits vorhergesagt wird, könnte verheerende Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaften haben, da die anhaltenden negativen Folgen der Krise des Jahres 2008 weiter verschärft würden. Bei den Anstrengungen, die Eurozone widerstandsfähiger gegen Schocks zu machen, sind nur unzureichende Fortschritte erzielt worden. Eine weitere Verschlechterung der sozialen Bedingungen – befeuert durch zunehmende Ungleichheit und wachsende Unsicherheit, nicht zuletzt in den „abgehängten Regionen“ überall in Europa, in ländlichen Gebieten sowie in unseren Stadtzentren und in deren Umgebung, – könnte zu erheblichen systemischen Risiken führen, sodass mehr Wählerstimmen zu autoritären Populisten und extremistischen Kräften fließen.

Diese düsteren Perspektiven stehen im Kontrast zu dem, was erreicht werden kann, wenn radikal progressive politische Maßnahmen und Strategien erfolgreich umgesetzt werden. Dazu leistet die Unabhängige Kommission einen Beitrag, indem sie eine detaillierte und konkrete politische Strategie darlegt – und eine Botschaft der Hoffnung und Entschlossenheit aussendet, dass ein anderes Europa erreicht werden kann. Es handelt sich zugleich um eine Botschaft an progressive Parteien, dass sie die politische Initiative ergreifen und ihre Kräfte mit den Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen der Zivilgesellschaft vereinen müssen, um eine von unten nach oben ausgerichtete Mobilisierung zu bewirken und einen anderen politischen Weg zu beschreiten.

Es gibt eine schmerzliche Wahrheit über Europa. Fast ein Drittel unserer Kinder und jungen Menschen leben in Armut oder Armutsgefährdung, Millionen von jungen Menschen können keinen Arbeitsplatz finden, der es ihnen ermöglichen würde, ihrem Leben als Erwachsene Gestalt zu verleihen, und mehr als die Hälfte der Erwachsenen in Europa glaubt, dass die jüngeren Generationen ein schlechteres Leben haben werden als sie selbst. Mit den in diesem Bericht dargelegten politischen Maßnahmen und Strategien können wir die jüngeren Generationen auch einbinden und ihnen deutlich machen, dass es keine vorherbestimmte düstere Zukunft gibt. Wenn wir handeln, um den Kurs, auf dem sich Europa befindet, zu ändern, kann sich eine ganz andere Gesellschaft herausbilden – eine Gesellschaft mit nachhaltiger Gleichheit, mit Wohlergehen für alle, mit wirtschaftlichem, sozialem und ökologischem Gleichgewicht und Frieden, in der kein Mensch und kein Ort „abgehängt“ oder zurückgelassen werden.









Re-Empowerment der Menschen

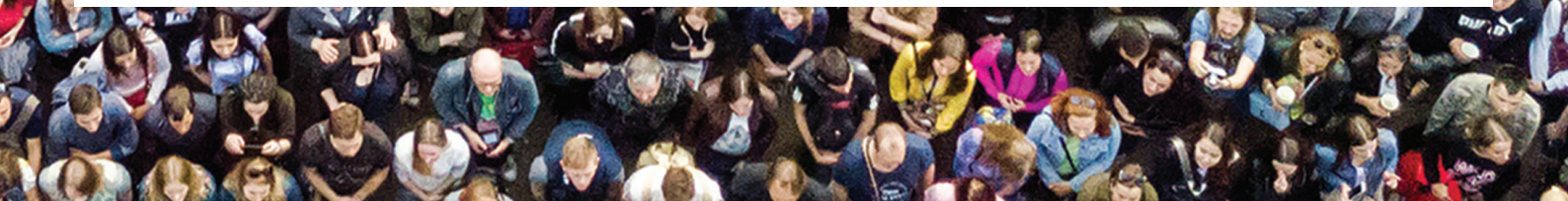
Die Unabhängige Kommission fordert ein **„Re-Empowerment" der Menschen**, als Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie – statt als bloße Verbraucher –, von der lokalen bis zur europäischen Ebene, und als Mitglieder von Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft. In diesem Bericht wird aufgezeigt, dass die Demokratien im Laufe der Zeit zerbrechlich geworden sind, da es zu einer zunehmenden Konzentration von Macht und Reichtum kommt, während die Demokratie in der Wirtschaft – insbesondere die gewerkschaftliche Vertretung – geschwächt geworden ist. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Die Menschen müssen ermächtigt werden, damit sie für ihre Rechte eintreten und eine gerechte Gesellschaft einfordern, insbesondere am Arbeitsplatz. Die Menschen müssen in der Lage sein, von ihren gewählten Vertretern angemessen Rechenschaft einzufordern, insbesondere indem für einen hohen Grade an Transparenz bei der politischen Entscheidungsfindung gesorgt wird. In diesem Bericht werden Vorschläge dargelegt, wie die Rolle der Sozialpartner und insbesondere der Gewerkschaften mit neuem Leben erfüllt werden kann, indem durch entsprechende neue Rechtsvorschriften verschiedene Formen der Mitwirkung der Beschäftigten in Unternehmen gestärkt werden, indem die Tarifverhandlungen gestärkt werden, indem den Sozialpartnern eine deutlichere Stimme in der europäischen Politik verliehen wird und indem sichergestellt wird, dass es in der sich ausweitenden Plattformwirtschaft zu keiner Aushöhlung der gewerkschaftlichen Vertretung durch Scheinselbständigkeit kommt. Mehrere Empfehlungen der Unabhängigen Kommission betreffen die Schaffung eines lebendigen und großzügig bemessenen Raums für die Zivilgesellschaft, um die Demokratie zu stärken. In einer der Empfehlungen werden starke Allianzen auf mitgliedstaatlicher Ebene – nach dem Vorbild der Alleanza Italiana per lo Sviluppo Sostenibile (ASviS; Italienische Allianz für nachhaltige Entwicklung) – gefordert, um alle Kräfte der Zivilgesellschaft zu bündeln, die auf nachhaltige Entwicklung abzielen. Es ist ferner erforderlich, dass die EU Rechtsinstrument aufbaut, um den zivilgesellschaftlichen Raum zu schützen und zu stärken, damit er in jedem Mitgliedstaat der Union ohne staatliche Eingriffe funktionieren kann.

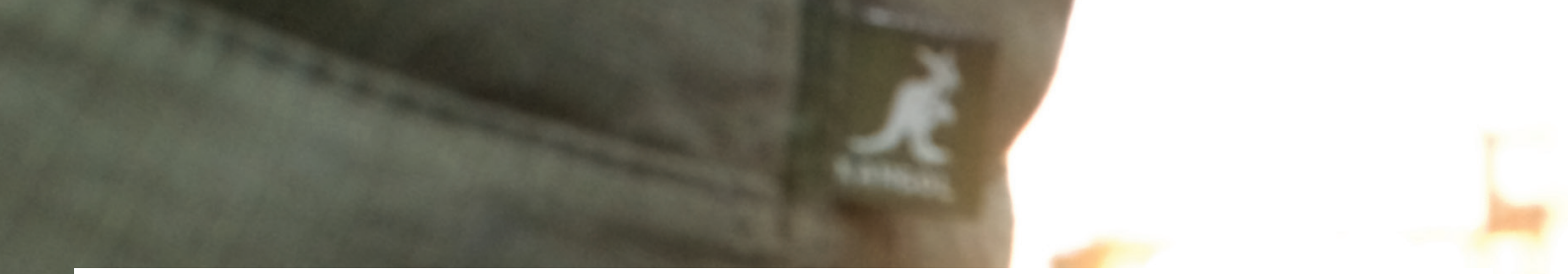
Umgestaltung des Kapitalismus

Das „Re-Empowerment" der Menschen wird sie in die Lage versetzen, zur **Umgestaltung des Kapitalismus** beizutragen. Auch die Privatwirtschaft und insbesondere größere Unternehmen könnten dabei eine erhebliche Rolle spielen, indem sie die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit ins Zentrum ihrer Unternehmensstrategien stellen. Derzeit ist jedoch nach wie vor das Gegenteil zu beobachten: Der Konzentrationsprozess bei den Unternehmensvermögen hält an, kurzfristige Gewinn haben Vorrang gegenüber allen sonstigen Erwägungen und soziale und ökologische Kosten können nach wie vor viel zu einfach der Gesamtgesellschaft aufgebürdet werden. Steuerhinterziehung und Steuerumgehung haben ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen, sodass einige der größten Konzerne der Welt praktisch keine Steuern zahlen, während der Finanz- und Bankensektor nach wie vor durch missbräuchliche und destabilisierende Praktiken gefährdet wird. Unsere Volkswirtschaften sehen sich auch mit einem revolutionären Wandel aufgrund der immer rascheren Fortschritte bei Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und Robotik konfrontiert, die in geregelte Bahnen gelenkt werden müssen, damit sie zugunsten des Wohlergehens der Menschen wirksam werden, statt unsere Arbeitsmärkte massiv zu verändern und zu einer weiteren Konzentration von Vermögen und Einkommen beizutragen.

Um sicherzustellen, dass bei privater Wirtschaftstätigkeit über das Gewinnstreben hinaus soziale und wirtschaftliche Aspekte viel stärker berücksichtigt werden und dass ein Beitrag zu einer gerechten Verteilung von Vermögen und Einkommen geleistet wird, sollten soweit möglich alternative Unternehmensformen gefördert werden, um eine vielfältigere und in stärkerem Maße kooperative Wirtschaft zu schaffen, in der weniger Wert auf kurzfristige Fragen und Gewinnmaximierung gelegt und mehr Verantwortung für die externen Kosten an den Tag gelegt wird, die sich aus der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Unternehmens für die Gesamtgesellschaft ergeben. Die Ausweitung der Sozial- und Solidarwirtschaft gehört zu den offensichtlichen und entscheidenden Schritten auf diesem Weg, ebenso wie die Schaffung von Rechtsformen, bei denen auch sozial und ökologische Aspekte berücksichtigt werden, wie im Europäischen Statut für gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Es sollten jedoch alle Unternehmensformen in wesentlich stärkerem Maße für ihre soziale und ökologische Verantwortung rechenschaftspflichtig gemacht werden. Ein Mindestmaß an Verantwortungen der Unternehmen gegenüber der Gesamtgesellschaft sollte in den europäischen Rechtsvorschriften verankert werden, ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes öffentliches Beschaffungswesen sollte die Regel werden. Die Unternehmensbesteuerung muss wesentlich wirksamer werden, und die entsprechenden derzeitigen Initiativen auf europäischer Ebene müssen wesentlich weiter vorangetrieben und zum Abschluss gebracht werden. Ferner fordert die Unabhängige Kommission nachdrücklich, die Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzsektors weiter zu stärken, um sicherzustellen, dass der Finanzsektor seiner Rolle bei der Finanzierung des Übergangs zur Nachhaltigkeit umfassend nachkommt sowie angemessene Finanzierung für kleinere Unternehmen und Verbraucher bereitstellt, und um neue Risiken, einschließlich des Schattenbankwesens, zu erkennen und zu beherrschen.

Die größten Unternehmen, die oftmals eine besonders schlechte historische Bilanz in Sachen gesamtgesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung aufweisen, sollten strengeren Regeln unterworfen werden, die in einem verbindlichen Pass für Unternehmensverantwortung niederzulegen sind, der für die wirtschaftliche Tätigkeit innerhalb des Binnenmarkts vorzuweisen ist. Die Unabhängige Kommission wird diesen Ansatz weiter detaillieren.





Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit

Die politischen Maßnahmen und Strategien, die auf dieses „Re-Empowerment" der Menschen und die Umgestaltung unserer Volkswirtschaften abzielen, müssen mit einer Palette von politischen Maßnahmen und Strategien kombiniert werden, mit denen spezifisch gegen übermäßige Ungleichheit aufgrund des Geschlechts, des Einkommens, der Herkunft und des Wohnorts sowie gegen Armut angegangen wird. Die Unabhängige Kommission betrachtet die **Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit** daher als eine grundlegende Notwendigkeit für unsere Gesellschaften. Kein Mensch darf „abgehängt" oder zurückgelassen werden und es muss zum gesellschaftlichen Grundkonsens gehören, dass es uns allen schlechter geht, wenn es Menschen gibt, die kein menschenwürdiges Leben führen können und die vom nachhaltigen Wohlergehen ausgeschlossen sind. Es müssen Maßnahmen ausgearbeitet und umgesetzt werden, um Armut zu bekämpfen, gute Arbeitsplätze und gute Entlohnung für alle sicherzustellen, die umfassende Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen, echte soziale Mobilität zu ermöglichen und mit einem neuartigen, radikal ehrgeizigen Ansatz zur Verringerung der territorialen Ungleichheiten beizutragen. Die erste Empfehlung in diesem Bereich ist ein neuartiger, weitreichender Plan zur Bekämpfung der Armut überall in Europa, untermauert durch konkrete Maßnahmen. Dazu gehören beispielsweise eine europäische Kindergarantie, eine weitereichende europäische Strategie für erschwinglichen sozialen und öffentlichen Wohnraum für alle, ein menschenwürdiges garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen, die sich nicht selbst erhalten können, ein Sozialschutzsockel gemäß den IAO-Empfehlungen (Internationale Arbeitsorganisation) und eine Strategie zur sozialen Integration von Zuwanderern. Durch entschlossenes Handeln könnte Europa im Laufe der nächsten drei Jahrzehnte, die Zahl der Menschen, die in Armut oder Armutsgefährdung leben, um mehr als die Hälfte verringern, und die Armut im Laufe dieses Jahrhunderts dauerhaft beseitigen. Ohne entschlossenes Handeln besteht das entgegengesetzte Risiko. Umwälzende Technologien, eine ungezähmte Konzentration von Einkommen und Vermögen sowie zunehmende ökologische Ungleichheiten würden zu einer weiteren Verschärfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung führen.

Zusätzlich zu den politischen Maßnahmen und Strategien zugunsten der Menschen, die in Armut oder Armutsgefährdung leben, sind auch politische Maßnahmen und Strategien erforderlich, um den Trend zur zunehmenden sozialen Fragilität und Prekarität immer breiterer Bevölkerungskreise – einschließlich großer Teile unserer Mittelschichten – umzukehren. Die 2017 angenommene europäische Säule sozialer Rechte sollte umfassend in die Rechtsvorschriften eingearbeitet werden, und die Arbeitnehmerrechte müssen angesichts neuer Arbeitsformen und prekärer Arbeitsverträge aufrechterhalten werden. Den Langzeitarbeitslosen, von denen viele seit der Finanzkrise keinen Arbeitsplatz mehr gefunden haben, muss durch ein europäisches Recht auf Beschäftigung, das nach dem Vorbild der Europäischen Jugendgarantie zu gestalten ist, geholfen werden. Niedrige Löhne müssen einer Überprüfung unterzogen werden, um sowohl menschenwürdige Lebensbedingungen für Arbeitnehmerfamilien als auch eine gerechte Verteilung des in unseren Volkswirtschaften geschaffenen Mehrwerts sicherzustellen. Zu diesem Zweck schlägt die Unabhängige Kommission einen europäischen Plan für gerechte Entlohnung und eine Rückkehr zu in stärkerem Maße progressiven Einkommensteuersystemen vor. Die Gleichstellung der Geschlechter verdient besondere Aufmerksamkeit: durch gezielte gesetzgeberische und (Transparenz)Maßnahmen sollte das geschlechtsspezifische Lohngefälle beseitigt werden, durch ausreichend ehrgeizige Rechtsvorschriften in Sachen Mutterschutz, Elternzeit für Väter und Mütter und Pflegezeit sollte für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesorgt werden. Durch eine Reihe von Maßnahmen sollte die gesamtgesellschaftliche Stellung der Frauen verbessert und ihre umfassende Teilhabe auf allen Ebenen sichergestellt werden. Die soziale Mobilität muss durch Maßnahmen verbessert, deren Dreh- und Angelpunkt hochwertige Kinderbetreuung und hochwertige Bildung für alle sind.

Ungleichheit hat ihre Wurzeln zu einem erheblichen Teil in den Gebieten, in denen die Menschen jeweils leben und arbeiten. Zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Wohlergehen für alle ist es daher entscheidend, sämtliche Orte zu berücksichtigen und auf Gebiete und Regionen einzugehen, die einen strukturellen Rückstand aufweisen, sodass ihr Potenzial verschwendet wird. Die bestehenden politischen Maßnahmen und Strategien müssen wirksamer und einheitlicher eingesetzt werden, wobei die regionale wirtschaftliche Entwicklung in das umfassende Ziel der Nachhaltigkeit eingebettet erfolgen muss. Die Kohäsionspolitik muss auf eine nachhaltige Entwicklung auf allen territorialen Ebenen abzielen, sodass jede Region ermächtigt werden muss, spezifische Ansätze für ihre Entwicklung auszuarbeiten und festzulegen, auch durch von der örtlichen Bevölkerung betriebene Initiativen für lokale Entwicklung sowie durch Strategien der Industrie sowie durch die proaktive Umsetzung des Europäischen Verhaltenskodex für Partnerschaften. Dieser Ansatz muss untermauert werden, indem horizontale europäische Programme wie Horizont Europa oder InvestEU in einer „raumbewussten" eingesetzt werden, da dies von erheblicher Bedeutung für Strategien für lokale Entwicklung ist.

Die Unabhängige Kommission hat zudem weitere Wege erkundet, wie sich soziale Gerechtigkeit in unseren Gesellschaften verankern lässt. In diesem Zusammenhang hat die Unabhängige Kommission als einen möglichen weiteren Schritt den Gedanken einer Charta für gemeinsamen Wohlstand ins Spiel gebracht, um einen breiten und weitgehend freien Zugang zu bestimmten Rechten des nachhaltigen Wohlergehens für alle zu gewährleisten. Die Unabhängige Kommission wird diesen Ansatz weiter detaillieren.


JUSTICE





Schaffung von sozialökologischem Fortschritt

Das „Re-Empowerment" der Menschen, die Umgestaltung der Wirtschaft und die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen in allen Gebieten kann nicht gelingen, wenn die immer stärkeren Verflechtungen zwischen sozialen und ökologischen Herausforderungen außer Acht gelassen werden. Diese Dimension der nachhaltigen Entwicklung, in der eine Wechselwirkung zwischen den Menschen und unserem Planeten beseht, ist bisher – zugunsten der integrativen Entwicklung (bei der eine Wechselwirkung zwischen den Menschen und der Wirtschaft besteht) und der umweltgerechten Wirtschaft (in der eine Wechselwirkung zwischen unserem Planeten und der Wirtschaft besteht) – vernachlässigt worden. Daher ist die **Schaffung von sozialökologischem Fortschritt** der vierte Bereich, in dem die Unabhängige Kommission ehrgeizige politische Maßnahmen und Strategien empfiehlt. Ökologische Herausforderungen sind teilweise soziale Probleme, die sich aus Einkommens- und Machtungleichheiten ergeben. Somit ist Ungleichheit auch ein ökologisches Problem, genauso wie Umweltzerstörung auch ein soziales Problem ist. Diese Probleme müssen durch geeignete politische Maßnahmen und Strategien gemeinsam angegangen werden, mit Grundsätzen und Institutionen, die auf Gerechtigkeit beruhen. Im Bericht werden zwei grundlegende Wege für politische Maßnahmen und Strategien empfohlen, um aus der Abwärtsspirale von sozialer Ungleichheit und Umweltzerstörung auszubrechen und eine selbstverstärkende Aufwärtsspirale des sozialen und ökologischen Fortschritts in Gang zu setzen. Zum einen werden mehrere konkrete Empfehlungen zur Verwirklichung des leistungsstarken Konzepts eines „gerechten Übergangs" vorgebracht, dem in der Politikgestaltung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen werden sollte. Zum anderen wird der weitreichende Übergang von den heutigen Sozialstaaten – die im vorökologischen Zeitalter der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt wurden – zu den sozialökologischen Staaten des 21. Jahrhunderts skizziert, die als leistungsstarke öffentliche Triebwerke der nachhaltigen Gesellschaften von morgen zu gestalten sind. Auch diesen Ansatz wird die Unabhängige Kommission weiter detaillieren.

Ermöglichung des Wandels

Damit die zahlreichen oben genannten politischen Maßnahmen und Strategien erfolgreich umgesetzt werden können, sind grundlegendere Änderungen an der Arbeitsweise der EU und am Regieren in Europa erforderlich. Zur **Ermöglichung des Wandels** schlägt die Unabhängige Kommission daher eine tiefgreifende Reform des bestehenden Governance-Rahmens vor, die im Prozess des Europäischen Semesters und in den derzeitigen Rechtsvorschriften zur Haushaltspolitik niedergelegt ist. Durch radikal neue Regeln und Prozesse sollten die Ziele für nachhaltige Entwicklung in der europäischen Politikgestaltung verankert werden. Eng damit verbunden muss eine grundlegende und demokratische Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion erfolgen, Eine solide Finanzierungstrategie ist erforderlich, um in allen Bereichen eines ehrgeizigen Mehrjährigen Finanzrahmens die angemessene Finanzierung des nachhaltigen Übergangs, nachhaltige und gerechte Steuersysteme der Mitgliedstaaten sowie umfangreiche Investitionen der öffentlichen Hand auf mitgliedstaatlicher und europäischer Ebene sicherzustellen. Die Unabhängige Kommission legt detaillierte Empfehlungen für einen neuen Governance-Rahmen vor, der auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Innerhalb dieses neuen Governance-Rahmens sollte es einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, in dem verbindliche politische Ziele niedergelegt sind, die über bloße haushaltspolitische Ziele hinausgehen. Dieser neue Ansatz soll das Rückgrat für einen neuartigen Politikrahmen bilden, mit dem die derzeitige einseitige Berücksichtigung des BIP überwunden wird, um die Leistung der Volkswirtschaften anhand wesentlich umfassenderer Ziele und Indikatoren zu messen und zu bewerten, sodass die politischen Maßnahmen und Strategien auf das übergreifende Ziel des nachhaltigen Wohlergehens für alle ausgerichtet werden können.

Ein kurzer Leitfaden zu den von der Unabhängigen Kommission vorgelegten Vorschlägen für politische Maßnahmen und Strategien

In den fünf Kapiteln zu den einzelnen Politikbereichen (Kapitel 3 bis Kapitel 7) legt die Unabhängige Kommission zahlreiche Vorschläge für politische Maßnahmen und Strategien vor, bei denen es sich jeweils um eine oder mehrere politische Maßnahmen im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments von 2019 bis 2024 handelt. Zudem verweist die Unabhängige Kommission in jedem der fünf Kapitel zu den einzelnen Politikbereichen unter der Rubrik „Weitere Schritte" auf eine Reihe von weiteren politischen Wegen, die in Zukunft beschritten werden könnten. Die politischen Maßnahmen in den Empfehlungen und die zusätzlichen Vorschläge unter der Rubrik „Weitere Schritte" ergeben insgesamt 110 konkrete politische Maßnahmen. In einem Anhang zum Bericht sind sie kapitelweise zusammengefasst.

Am Ende von Kapitel 2 hebt die Unabhängige Kommission eine Auswahl von Verschlägen besonders hervor, die ihrer Einschätzung nach ein besonders hohes Potenzial haben, um einen tiefgreifenden Wandel zu bewirken. Ferner umfasst der Bericht eine Reihe von Infografiken, um die Empfehlungen und konkreten politischen Maßnahmen sowie ihre Wechselwirkungen und Synergien zu veranschaulichen, darunter eine globale Infografik (untenstehend) und kapitelspezifische Infografiken (am Anfang der Kapitel 3 bis 7).

NACHHALTIGES WOHLERGEHEN FÜR ALLE

DIE ZEHN STÄRKSTEN VERÄNDERUNGEN

1. Umgestaltung des Kapitalismus zum Wohle der Menschen und unseres Planeten

Durch eine europäische Richtlinie zur wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen wird sichergestellt, dass die Privatwirtschaft ein Mindestmaß an Verantwortung gegenüber der Gesellschaft einhält. Durch eine stärkere Regulierung und Beaufsichtigung des Finanzsektors, einschließlich einer europäischen Strafverfolgungsbehörde gegen Finanz- und Steuerbetrugsdelikte sowie Vertreterinnen und Vertretern der Öffentlichkeit in den Führungsgremien der Banken, wird sichergestellt, dass die Finanzmärkte zum Wohle der Menschen arbeiten; und durch eine wirksame Besteuerung der Unternehmensgewinne, einschließlich einer Digitalsteuer, wird die Steuergerechtigkeit wiederhergestellt und eine angemessene Finanzierung von Maßnahmen der öffentlichen Hand für das Wohlergehen aller sichergestellt.

2. Wiederherstellung der Demokratie für alle

Neuer Schwung für die Demokratie durch einen Bürgerinnen- und Bürgervertrag für „Nachhaltige Demokratie für alle“, der einen Acht-Punkte-Plan umfasst: Stärkung der Gewerkschaften; Stärkung der Zivilgesellschaft; Transparenz; Umfassende Teilhabe der Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben; Von der Basis ausgehende Regionalpolitik; Unabhängige Medien und Justiz; sowie Gemeinwohlziele jenseits des BIP.

3. Wir brauchen einen neuen und wirksamen europäischen Plan gegen Armut

Beseitigung der Armut in Europa im Laufe dieses Jahrhunderts durch einen neuen ehrgeizigen Plan: Verringerung der Anzahl der Menschen, denen Armut oder soziale Ausgrenzung droht, um 25 Millionen bis 2030 und um weitere 50 Millionen bis 2050; Beseitigung extremer Formen von Armut; Europäische Kindergarantie; Rahmenrichtlinie für ein angemessenes Mindesteinkommen; Europäisches Recht auf Beschäftigung für Langzeitarbeitslose; sowie Übergang von Mindestlöhnen zu existenzsichernden Löhnen.

4. Ein neues soziales Europa mit starken Rechten und Schutz für alle

Stärkung der sozialen Dimension Europas durch eine umfassende und ehrgeizige Umsetzung sämtlicher Grundsätze und Rechte der europäischen Säule sozialer Rechte bis 2024.

5. Neue Gerechtigkeit bei der Entlohnung

Einführung eines europäischen Aktionsplans für gerechte Entlohnung: Berücksichtigung von Ziel 10 der Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung, indem sichergestellt wird, dass bis 2030 die Entlohnung der unteren 40 % der Beschäftigten schneller steigt als der landesweite Durchschnitt; Entlohnungstransparenz; sowie eine Strategie zur Verringerung der Ungleichheiten bei der Entlohnung, die in das Europäische Semester bzw. in den zukünftigen Zyklus für nachhaltige Entwicklung eingebettet ist und darauf abzielt, die Ungleichheiten bei der Entlohnung auf ein angemessenes Maß zu verringern.

6. Kein Gebiet Europas darf „abgehängt" oder zurückgelassen werden

Es sind neue „raumbewusste" und „von der Basis ausgehende" Ansätze für den territorialen Zusammenhalt erforderlich, einschließlich einer weitreichenden Reform der europäischen Kohäsionspolitik und der strategischen Interaktion mit den europäischen Finanzierungsprogrammen, eingebettet in das Europäische Semester bzw. in den zukünftigen Zyklus für nachhaltige Entwicklung und abgesichert durch den Plan gegen Armut sowie durch den Aktionsplan für gerechte Entlohnung.

7. Beim nachhaltigen Übergang und beim technologischen Übergang müssen alle mitgenommen werden

Der ökologische und soziale Wandel muss zu einem gemeinsamen neuen Fortschritt für alle führen. Dies wird durch einen neuen breit gefächerten Ansatz für einen gerechten Übergang erreicht, der in sämtlichen Politikbereichen – insbesondere in der europäischen Klima- und Energiepolitik, in der nachhaltigen Industriepolitik und in der Landwirtschaftspolitik – systematisch angewandt wird. Der technologische Wandel muss eingebettet werden, um weitere Ungleichheiten sowie soziale oder territoriale Brüche zu vermeiden. Der Übergang von alten zu neuen Arbeitsplätzen wird durch erhebliche soziale Investitionen sowie durch eine hochwertige allgemeine und berufliche Bildung unterstützt, die für alle erschwinglich und zugänglich ist.

8. Unsere Staaten müssen die Menschen vor alten und neuen Risiken schützen

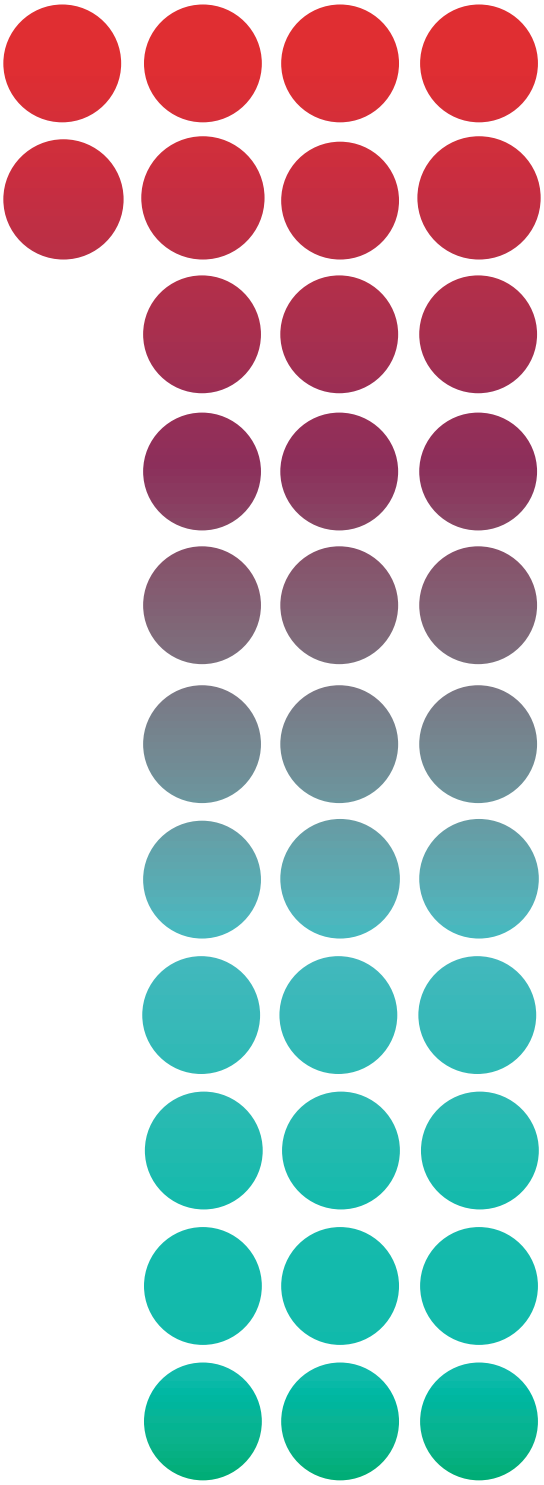
Es ist erforderlich, sozialökologische Staaten aufzubauen und ökologische Ungleichheiten zu verringern, um für neue Formen des sozialen Schutzes angesichts der zunehmenden Folgen des Klimawandels und angesichts zunehmender gesundheitlicher Schäden durch Umweltverschmutzung zu sorgen.

9. Neue Solidarität durch gerechte Besteuerung

Der Trend zu immer mehr Ungleichheit bei der Vermögensverteilung kann aufgehalten und umgekehrt werden und sozialpolitische Initiativen, die auf die Beseitigung der Armut abzielen, können finanziert werden, indem eine europäische Nettovermögenssteuer und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

10. Ermöglichung des Wandels durch neuartiges Regieren, das auf nachhaltige Entwicklung abzielt

Um die Umgestaltung hin zu einer nachhaltigen Entwicklung voranzutreiben, sind ein neuer Ansatz für das Regieren in Europa sowie neue Regeln und Instrumente erforderlich. Wir brauchen einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, der in einen neuen Zyklus für nachhaltige Entwicklung eingebettet ist (der an die Stelle des veralteten Europäischen Semesters tritt) und auf ergänzenden sozialen und ökologischen Indikatoren und Zielen beruht.



Von einem defekten System zu Wohlergehen für alle in einem nachhaltigen Europa

Unsere Gesellschaften befinden sich in der Krise. Es handelt sich nicht nur um eine soziale und eine ökologische Krise. Sondern auch um eine wirtschaftliche und eine politische Krise. Diese vier Krisen verstärken sich gegenseitig. Keine dieser Krisen kann überwunden werden, ohne den Trend zu immer mehr Ungleichheit aufzuhalten und umzukehren und ohne die Funktionsweise unserer Wirtschaftsordnung zu verändern. Das ist der Kern unserer Botschaft.



Louka T. Katseli
Ko-Vorsitz



Poul Nyrup Rasmussen
Ko-Vorsitz

Unser Planet befindet sich mitten in einer politischen, einer wirtschaftlichen, einer sozialen und einer ökologischen Krise, die sich laufend gegenseitig verstärken.

Es besteht mittlerweile ein immer umfassenderer Konsens, dass unsere Volkswirtschaften – was und wie wir produzieren, wie wir das Produzierte verbrauchen (und wie wir unseren Abfall entsorgen) – an die Grenzen unseres Planeten stoßen, was uns in eine tiefe und komplexe ökologische Krise führt. Die Menschheit kann so nicht weitermachen; es geht nicht, dass wir unsere natürlichen Ressourcen erschöpfen, unsere Fischbestände leerfischen, unsere gemeinsame biologische Vielfalt unerbittlich zerstören, unsere Böden, unser Wasser und unsere Luft unbegrenzt verschmutzen, unsere Gesundheit schädigen und immer mehr Treibhausgase in unsere Atmosphäre freisetzen. Das sind jedoch nicht die einzigen Grenzen, die unsere Volkswirtschaften achten und schützen müssen. Sie müssen auch die menschlichen Grenzen und die sozialen Grenzen, die nie überschritten werden dürfen, achten und schützen. Sie dürfen nicht damit fortfahren, Millionen von Menschen in Armut zu zwingen und ihnen Beschäftigung, die Deckung von Grundbedürfnissen und den Zugang zu einem guten Bildungs- und Gesundheitswesen vorzuenthalten. Unsere Volkswirtschaften und demokratischen Gesellschaften werden nur dann nachhaltig Bestand haben, wenn die grundlegenden Menschenrechte und sozialen Rechte geachtet und die tiefen Ungleichheiten verringert werden. Wie in unserem Bericht herausgearbeitet wird, werden menschliche und soziale Grenzen immer häufiger überschritten, denn die meisten Menschen haben zu kämpfen, damit sie über die Runden kommen, während ein sehr kleiner Bruchteil der Menschheit den Großteil des Wohlstands für sich abschöpft, zu dessen Erwirtschaftung wir alle beitragen. Diese beiden Grenzüberschreitungen haben dieselbe Ursache: das Vorherrschen eines wirtschaftlichen Paradigmas, das durch eine neoliberale Marktorientierung gekennzeichnet ist und von mächtigen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen getragen wird. Dieses neoliberale Paradigma hat das Wohlergehen für alle zum Nutzen einiger weniger außer Acht gelassen, und es hat die Belange unseres Planeten vernachlässigt.

Staaten, Regierungen und Institutionen haben sich im besten Falle dafür eingesetzt, die Auswüchse dieser Einzelinteressen zu begrenzen, – wenn sie sie nicht gar bewusst zugelassen oder aktiv unterstützt haben. In der Wahrnehmung der Menschen sind die Staaten und Regierungen machtlos oder nicht gewillt, gegen die zunehmend ungleiche Machtverteilung zwischen organisierten wirtschaftlichen Interessen einerseits und breiten Bevölkerungskreisen anderseits anzugehen, was zu einer Diskreditierung der etablierten Politik geführt und ein immer größeres Feld für eine nationalistische und nach innen gekehrte Politik eröffnet hat, deren einziges Credo Fremdenfeindlichkeit und eine grundlegende Feindschaft gegenüber dem europäischen Projekt sind. Unsere Sozialstaaten sahen und sehen sich nach wie vor gezwungen, sich an sich wandelnde Marktbedingungen und einen zunehmend kostenbasierten Wettbewerb anzupassen.

Zunehmende Ungleichheit überall in Europa wirkt sich verstärkend auf alle vier Krisen aus

Im Vergleich zu den meisten anderen entwickelten Volkswirtschaften gilt Europa nach wie vor als leuchtendes Beispiel für einen relativ starken sozialen Zusammenhalt und für eine relativ ausgeprägte Gerechtigkeit. Daher mag es zunächst etwas kontraintuitiv erscheinen, Europa als Weltregion zu betrachten, in der Armut und Ungleichheiten erhebliche Herausforderungen sind, gegen die angegangen werden sollte. Verglichen mit seinem großen Nachbarn auf der anderen Seite des Atlantiks schneidet Europa in zahlreichen Bereichen wesentlich besser ab. In den USA haben wesentlich weniger Menschen Zugang zu einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung, die Arbeitnehmer genießen weniger Schutz und die Konzentration der Vermögen ist deutlich extremer. Die meisten europäischen Länder weisen nach wie vor eine höhere intergenerationale Einkommensmobilität auf als die USA[1]. Gleiches gilt für die intergenerationelle Bildungsmobilität[2]. Allerdings hat eine verfehlte Politik über die letzten Jahrzehnte dazu geführt, dass Europa ein weniger gerechter und sozial fortschrittlicher Ort ist, als man denken würde.

Es besteht eine starke Wechselwirkung zwischen der Klimakrise und der sozialen Krise, mit denen sich unsere Gesellschaften gleichzeitig konfrontiert sehen – und eine ebenso große Notwendigkeit, gegen beide Krisen anzugehen. Zu Recht besteht überall auf der Welt eine massive Mobilisierung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure gegen die Klimakrise, und es gibt ein gut strukturiertes globales Netz von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change), der seinen jüngsten Bericht, der Anlass zu tiefer Besorgnis gibt, im Oktober vorgelegt hat. Es werden regelmäßig Globale Konferenzen der Vertragsparteien (COP – Conferences of the Parties) abgehalten, um die politische Dynamik aufrechtzuerhalten. Trotz dieser dynamischen und strukturierten Prozesse bleibt der Kampf gegen den Klimawandel sehr schwierig, da er weiterhin mit zahlreichen Einzelinteressen und mit Widerständen gegen Veränderungen kollidiert. In dieser Hinsicht werden die nächsten fünf bis zehn Jahre wahrscheinlich entscheidend für unser zukünftiges Klima über viele Jahrzehnte sein, sodass unbedingt ein wesentlich energischeres politisches Handeln erforderlich ist. Sowohl ein Scheitern als auch ein Erfolg in der Klimafrage wird tiefgreifende und weitreichende Auswirkungen auf zahlreiche Bereiche unseres zukünftigen Lebens haben.

Die soziale Krise, durch die unsere Gesellschaften Tag für Tag mehr unterhöhlt werden, findet dagegen wesentlich weniger Beachtung seitens der Wissenschaft und der Politik, obwohl immer mehr Belege dafür vorliegen, dass ungleiche Gesellschaften dysfunktional sind: In Gesellschaften mit höheren Einkommensunterschieden gibt es unter anderem eine niedrigere durchschnittliche Gesundheit, beschädigte soziale Beziehungen und mehr Gewalt, weniger Vertrauen, ein niedrigeres Wohlergehen der Kinder und einen geringeren Bildungsstand, mehr minderjährige Mütter und weniger soziale Mobilität. Somit führt die Bekämpfung der Ungleichheit zu einem Nutzen für alle, und nicht nur für die Unterprivilegierten. Noch weniger Beachtung finden die Wechselwirkungen zwischen der sozialen Krise und der Klimakrise, die wiederum Teil der umfangreicheren ökologischen Herausforderung ist, mit der wir uns konfrontiert sehen. Auch den Ursachen der politischen Krise, die durch den Aufstieg von Nationalisten und Autokraten in einer wachsenden Anzahl von Mitgliedstaaten verursacht worden ist, wurde bisher sehr wenig Aufmerksamkeit geschenkt; die soziale Krise spielt für diese politische Krise eine zentrale, jedoch nicht ausschließliche Rolle.

[1] equalchance.org, Daten für 2010
[2] Weltbank, Daten für 2018

Der Stand der Ungleichheit in Europa in zehn Punkten

- **Einkommensungleichheiten** sind in der EU höher als in den USA. Wenn man für die Zwecke dieser statistischen Berechnung die EU als ein einziges Land ansetzt (statt, wie es traditionell geschieht, einen nicht gewichteten Durchschnitt der EU-Länder zu bilden), ergeben sich für die EU höhere Einkommensungleichheiten als für die USA. Die Gini-Koeffizient beträgt 0,41 für die EU und 0,39 für die USA (IAGS 2018, Daten für 2015). Ferner herrscht in den USA eine niedrigere **Chancenungleichheit** als in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter Italien, Spanien, Portugal und Belgien (equalchances.org, Daten für 2010 und 2012).

- Den reichsten 5 % der Europäerinnen und Europäer gehören fast 40 % des gesamten privaten Vermögens. Die Vermögensverteilung ist sogar noch ungleicher als die Einkommensverteilung. Der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung beläuft sich auf 0,8 und ist somit doppelt so hoch wie der Gini-Koeffizient für die Einkommensungleichheit. Lettland weist die höchste Vermögenskonzentration an der Spitze auf, gefolgt von Deutschland, Zypern und Österreich (IAGS 2018, Daten für 2014).

- Das **geschlechterspezifische Lohngefälle** ist in der EU etwas höher als in den USA. Im Jahr 2015 verdienten in Vollzeit beschäftigte Frauen in der EU im Durchschnitt circa 20 % weniger als Männer. Zudem war über die letzten Jahre keine Verbesserung zu verzeichnen. In einigen Mitgliedstaaten ist die Lage noch alarmierender, etwa in Lettland und Estland, die weit über dem EU-Durchschnitt liegen und wo sich das geschlechterspezifische Lohngefälle sogar noch ausgeweitet hat (OECD, Daten für 2015).

- Die **intergenerationelle soziale Mobilität nach oben** ist in den USA höher als in den meisten EU-Mitgliedstaaten. In den USA steigen fast 50 % der Kinder in eine höhere Schicht auf als ihre Eltern, was eine wesentlich höhere Quote ist als in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten, wie Deutschland oder Frankreich (40 %), Schweden und Dänemark (35 %) oder Italien (circa 30 %). Beim Blick auf frühere Daten ergibt sich ein alarmierender Trend. Laut OECD-Daten hat die Mobilität nach unten zugenommen (OECD, Daten für 2002 bis 2014).

- Von **Erwerbsarmut** sind fast 10 % der europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen. Während die Arbeitslosenquote leicht gesunken ist, war bei der Quote der Menschen, die trotz Arbeitsplatz arm sind, seit 2010 ein Anstieg um 15 % zu verzeichnen. Betroffen sind insbesondere Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau (bis Sekundarbereich I), Beschäftigte mit Zeitverträgen und Teilzeitbeschäftigte (OECD, Daten für 2016).

- Die Anzahl der **jungen Menschen**, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, liegt noch immer über dem Stand des Jahres 2008. Im Jahr 2016 gehörten 11,6 % der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren und 18,8 % der jungen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren dieser Gruppe an. Am schlimmsten ist die Lage in Griechenland, wo ein Drittel der jungen Erwachsenen weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung ist, gefolgt von Italien und Bulgarien. Die niedrigsten Quoten weisen die Niederlande (4,6 %), Luxemburg (5,4 %) und Dänemark (5,8 %) auf (ETUI, Daten für 2016).

- Mehr als ein Drittel der Europäerinnen und Europäer lebt in **finanzieller Unsicherheit**: 39,4 % sind nicht in der Lage, unerwartete Ausgaben zu bestreiten, d. h. fast jede zweite Person ist finanziell exponiert. Zudem hat sich die Situation in den Krisenjahren um 5 Prozentpunkte verschärft (Eurostat, Daten für 2008 und 2013).

- Fast 10 % Europäerinnen und Europäer sind nicht in der Lage, ihren Haushalt angemessen zu beheizen. Circa 50 Millionen Menschen haben unter **Energiearmut** zu leiden (ETUI, Daten für 2016). Ferner sind circa 10 % der europäischen Bevölkerung von **Ernährungsunsicherheit** betroffen (Eurostat, Daten für 2015).

- Fast zwei von zehn Europäerinnen und Europäern haben zu wenig **Wohnraum**. In Europa belief sich diese Überbelegung im Jahr 2016 auf 17 %, d. h. es waren 87 Millionen Menschen betroffen. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sehr hoch. Die Spanne reicht von 5 % in Zypern, Malta und Irland auf über 40 % in Ungarn, Polen, der Slowakei und Kroatien bis zu beinahe 50 % in Rumänien und Bulgarien (Eurostat, Daten für 2016).

- Fast 19 % der Europäerinnen und Europäer sind gefährlichen Partikeln in ihrer Atemluft (PM10-Feinstaub) oberhalb des EU-Tagesgrenzwerts ausgesetzt, und circa 30 % sind schädlichem Ozon (O3) ausgesetzt. Ferner sind circa 9 % Konzentrationen von Stickstoffdioxid (NO2) oberhalb des Jahresgrenzwerts ausgesetzt. Die **Luftverschmutzung** ist der größte Einzelposten unter den Gesundheitsgefährdungen in Europa. Circa 80 % der Herzerkrankungen und Schlaganfälle sowie ein ähnlicher Prozentsatz des Lungenkrebses stehen im Zusammenhang mit der Luftverschmutzung. Die Luftverschmutzung trägt auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen in den Bereichen Fruchtbarkeit, Schwangerschaft, Neugeborene und Kinder bei (Eurostat, Daten für 2017).

Die sozialen und ökologischen Herausforderungen sind integraler Bestandteil des Kampfs um Gerechtigkeit

Zwischen den Grenzen unseres Planten und den menschlichen Grenzen besteht ein Zusammenhang. Es geht um die gleiche Trennlinie zwischen der alten Welt des ungezügelten und alles beherrschenden Kapitalismus und der Gier und einer neuen Welt des gerecht verteilten Wohlergehens für alle, des Empowerments aller und einer Menschheit, die im Einklang mit unserem Planeten lebt. Sie sind Teil derselben Geschichte: Das Ausmaß, in dem wir unsere natürliche Umwelt und unser Klima zerstören, wird sich maßgeblich darauf auswirken, wie ungleich unsere Gesellschaften sein werden. Der Grad unserer Ungleichheiten wird sich maßgeblich auf das Ausmaß der Umweltzerstörung auswirken. Der Kampf um die Rettung unseres Planeten und der Kampf gegen Ungerechtigkeit gehören zusammen.

Ungleichheit hat vielfältige Auswirkungen auf unsere Umwelt. Gerechtere Gesellschaften weisen eine bessere Umweltbilanz auf und sind besser gerüstet, um immer nachhaltiger zu werden. Angesichts der ökologischen Krise sind wir keineswegs alle gleich. Je nachdem, ob man arm oder reich, alt oder jung ist. Je nachdem, wo man lebt, wird man ganz unterschiedlich betroffen sein. Diejenigen, die am meisten dazu beigetragen haben, diese Krise zu verursachen oder die nun versuchen, ihre Lösung zu verhindern, werden wahrscheinlich nicht diejenigen sein, die am meisten unter ihr zu leiden haben. Somit wird durch die ökologische Krise eine ganz neuartige Quelle der Ungerechtigkeit entfesselt – und das ist bereits im Gange. Wenn gegen diese Ungerechtigkeit nicht angegangen wird, werden sich – in einem nicht endenden Teufelskreis – weitere Ungleichheiten ergeben und unsere soziale Krise verschärfen.

Wir müssen begreifen, wie ökologischer und sozialer Fortschritt Hand in Hand gehen müssen. Wir müssen beide zugleich fördern. Es ist nicht möglich, die Armut zu beenden und eine wesentlich gerechtere Gesellschaft aufzubauen, während wir gleichzeitig unseren Planeten weiterhin auf Gedeih und Verderb der Ausbeutung überlassen. Ebenso ist es unmöglich, die ökologische Krise zu beenden, solange ein hoher Grad von Armut und Ungleichheit fortbesteht. Das ist ein grundlegendes Argument, das denjenigen, die an die bloße „Ökologisierung“ unserer Volkswirtschaften ohne Berücksichtigung der sozialen Krise glauben, gar nicht gefällt. Sowohl die soziale als auch die ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung sind von entscheidender Bedeutung, wenn sich zukünftig eine wirklich nachhaltige Gesellschaft herausbilden soll. Das bedeutet, dass wir ermitteln müssen, wie unsere Sozialsysteme (einschließlich unserer Steuersysteme) verändern müssen, um unsere natürlichen Lebenserhaltungssysteme (Klima, Ökosysteme, biologische Vielfalt) zu erhalten, und wir müssen wissen, wie wir von der lokalen bis zur europäischen Ebene eine auf sozialökologische Aspekte ausgerichtet Form des Regierens („sozialökologische Governance“) aufbauen können.

Weder die soziale noch die ökologische Krise kann überwunden werden, ohne die Funktionsweise unserer Wirtschaftsordnung zu verändern und ohne eine Umgestaltung der Wirtschaft vorzunehmen

Zur Lösung dieser Krisen ist ein neuer und kraftvoller Ansatz erforderlich, um die Marktkräfte zu zähmen, die im Wesentlichen mächtigen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen dienen. Das kann nur durch geeignete politische Maßnahmen und Strategien gelingen, die darauf abzielen, die Märkte wirksam zu regulieren und das Ungleichgewicht der Kräfte auf unseren Waren-, Kapital- und Arbeitsmärkten sowie in unseren Gesellschaften insgesamt zu korrigieren statt, dass sich unsere Sozialstaaten unter dem Druck der Märkte biegen und brechen, sollten die Märkte so gestaltet werden, dass sie ein angemessenes Wohlergehen für alle unterstützen. Dazu sind auch eine Steigerung der sozialen Verantwortung der Privatwirtschaft und eine entschlossene Ausweitung der Sozial- und Solidarwirtschaft erforderlich. Die Politik selbst muss mit neuen Leben erfüllt werden, was hier und jetzt eine zentrale Pflicht für die progressiven Kräfte und ihre Parteien darstellt. Es wäre jedoch naiv, zu glauben, dass sich die Politik verändern könnte, ohne die Menschen ins Boot zu holen und als wesentliches Element in die Politik einzubinden. Die Veränderung ist so massiv und die wirtschaftlichen Interessen sind so mächtig, dass ein dringender Schritt das „Re-Empowerment" der Menschen auf vielerlei Weise sein muss, gestützt durch angemessene Rechte, Möglichkeiten für alle und kollektives Handeln. Für dieses „Re-Empowerment" der Menschen ist auch erforderlich, dass wir alle unsere Ansichten über Wirtschaftstätigkeit und insbesondere über Wachstum grundlegend ändern und das Wohlergehen der Menschen in den Blick nehmen. Eine nachhaltige Gesellschaft braucht keine passiven Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern aktive Bürgerinnen und Bürger, und eine Ausrichtung und Bewertung der Ergebnisse von politischen Maßnahmen und Strategien anhand ausdrücklicher Ziele im Hinblick auf das Wohlergehen statt anhand abstrakter Begriffe wie „BIP" würde es den Menschen erleichtern, sich in öffentliche Diskussionen einzubringen.

Es liegt in unserer Hand, Nachhaltigkeit zu fördern und Ungleichheiten zu verringern

Die Ungleichheiten von heute haben zahlreiche Ursachen, die in vielen Fällen miteinander verflochten sind. Sie sind kein unausweichliches Phänomen, sondern das Ergebnis eines vorherrschenden Marktsystems, das mittlerweile nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit erzeugt und in dem die ökologische Dimension immer wichtiger wird. Um gegen ein derart komplexes System anzugehen, ist eine mutige und kohärente politische Strategie erforderlich, mit der nachdrücklich und gleichmäßig sowohl gegen die eher traditionellen als auch gegen die eher neuen Triebfedern der Ungleichheit vorgegangen werden muss. Eine derartige politische Strategie wird zwangsläufig zu einer tiefgreifenden Veränderung der Funktionsweise unserer Wirtschaftsordnungen führen, denn eine wirklich dynamische und gerechte Gesellschaft muss integrativ hinsichtlich Macht, Vertretung und Teilhabe sein, und eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft muss eine Gesellschaft sein, in der sozialer Frieden herrscht.

Deshalb zielen die Vorschläge für politische Maßnahme und Strategien, die von der Unabhängigen Kommission in diesem Bericht vorgelegt werden, auf eine radikale Umgestaltung unserer Gesellschaften ab. Dabei wird unser seit Jahrzehnten bestehender Glaube an das Wirtschaftswachstum als Selbstzweck grundlegend in Frage gestellt. Es wird zwischen Vermögen und Wohlergehen unterschieden, die bestehende Verteilung von Einkommen, Vermögen und wirtschaftlicher Macht nachdrücklich in Frage gestellt und zu einer nachhaltigen Umgestaltung als leistungsstarke und innovative Triebfeder für den sozialen Fortschritt aufgerufen.

Von den Zielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 zu einem neuen europäischen Projekt für eine nachhaltige Gesellschaft

Viele der von der Unabhängigen Kommission behandelten politischen Grundsatzfragen sind – wenn auch in unterschiedlichem Maße – in die 2015 von den Vereinten Nationen vereinbarten Ziele eingeflossen. Die Vereinbarung dieser Ziele auf höchster politischer Ebene ist bereits für sich genommen ein großer Erfolg. Trotz der durch diese Ziele eröffneten Chance für die Politik, eine EU-weite Strategie für nachhaltige Entwicklung zu formulieren und trotz diesbezüglicher Aufforderungen seitens des Europäischen Parlaments, hat die Europäische Kommission hier deutlich versagt. Mehr als drei Jahre nach der Unterzeichnung der Ziele durch alle EU-Mitgliedstaaten in New York gibt es noch immer keinen gemeinsamen Plan und keine gemeinsame Strategie zu ihrer Umsetzung – obwohl in allen betroffenen Politikbereichen die europäische Dimension erheblich und in einigen sogar entscheidend ist. Das führt zu einem politischen Vakuum, insbesondere im sozialen Bereich, sowie in allen betroffenen Bereichen, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Verflechtungen aufweisen, wie oben erörtert. Die EU konzentriert sich im Wesentlichen auf eine einzige Dimension der Nachhaltigkeitsagenda, nämlich auf politische Maßnahmen und Strategien im Umweltbereich, wie das Abfallmanagement oder die Verringerung der Treibhausgasemissionen. Dadurch ignoriert sie ihre soziale Krise (und zentrale Triebfedern für die ökologischen Probleme) und versäumt es, das vorherrschende wirtschaftliche Paradigma und die zugehörige verfehlte Wirtschaftspolitik in Frage zu stellen.

Besonders bedauerlich ist, dass dadurch eine Chance vertan wird, das europäische Projekt insgesamt mit neuem Leben zu erfüllen, indem man ihm neuen Sinn verleiht. Einen Sinn, der für so viele Aspekte des täglichen Lebens der Menschen bedeutsam wäre und ihnen zeigen würde, dass die Europäische Union über einen Masterplan verfügt, um ihr Leben heute und in Zukunft zu verbessern. Es wäre nach 2015 ein natürlicher und logischer Schritt gewesen, die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung in den europäischen Politikrahmen zu überführen, unter Angabe aller Ziele und Vorgaben gemäß der Begrifflichkeit der Rechtsvorschriften und Strategien der EU und unter Betonung der Notwendigkeit, alle politischen Verflechtungen zwischen diesen Zielen und Vorgaben klar zu formulieren und zu berücksichtigen. Mit dem Diskussionspapier zur Umsetzung einer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung, das die Europäische Kommission voraussichtlich Ende 2018 vorlegen wird, sollte dieses Vakuum endlich gefüllt werden, indem eine klare und umfassende Vision und ein politischer Fahrplan dargelegt werden, auch wenn dies gegen Ende der Amtszeit dieser Kommission geschieht.

Energischen Maßnahmen der öffentlichen Hand und einer Reform des Prozesses für das Regieren in Europa wird eine maßgebliche Rolle zukommen

Bereits in einer sehr frühen Phase unserer gemeinsamen Arbeit wurde klar, dass unsere Ziele ohne radikale Änderungen an den politischen Maßnahmen und Strategien in einer Reihe von Bereichen unerreichbar bleiben würden. Die Mitglieder unserer Unabhängigen Kommission machten sich keine Gedanken darüber, was politisch korrekt wäre, sondern fragten sich, wodurch wirklich etwas bewegt werden kann. Wir gelangten zur Einschätzung, dass politische Maßnahmen und Strategien über das gesamte zeitliche Spektrum erforderlich sein werden. Von dringlichen oder einfachen Maßnahmen, die sofort ergriffen werden können und sich rasch auswirken, bis hin zu längerfristigen und schwierigeren Änderungen an unseren politischen Maßnahmen und Strategien. Angesichts des komplexen Governance-Systems der Europäischen Union, das aus zahlreichen Ebenen und je nach Politikbereich unterschiedlichen Zuständigkeiten besteht, befanden wir, dass einer tiefgreifenden Reform des Prozesses für das Regieren in Europa – des Europäischen Semesters – eine maßgebliche Rolle für die Umgestaltung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zukommt, wobei diese Reform auch eine ehrgeizige und seit langem überfällige Reform der Wirtschafts- und Währungsunion umfassen muss.

Wir haben unsere Empfehlungen nicht auf die europäische Ebene beschränkt, da einige für die Nachhaltigkeit entscheidenden Politikbereiche in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen. Auch den nationalen, regionalen und lokalen Regierungen und Gebietskörperschaften wird eine entscheidende Rolle zukommen, wenn es darum geht, im wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich übergreifend und kohärent auf Nachhaltigkeit abzuzielen. Die Maßnahmen der öffentlichen Hand dürfen – von der lokalen bis zur europäischen Ebene – nicht darauf beschränkt sein, Marktversagen zu korrigieren oder auszugleichen und von der Wirtschaft verursachte und nicht

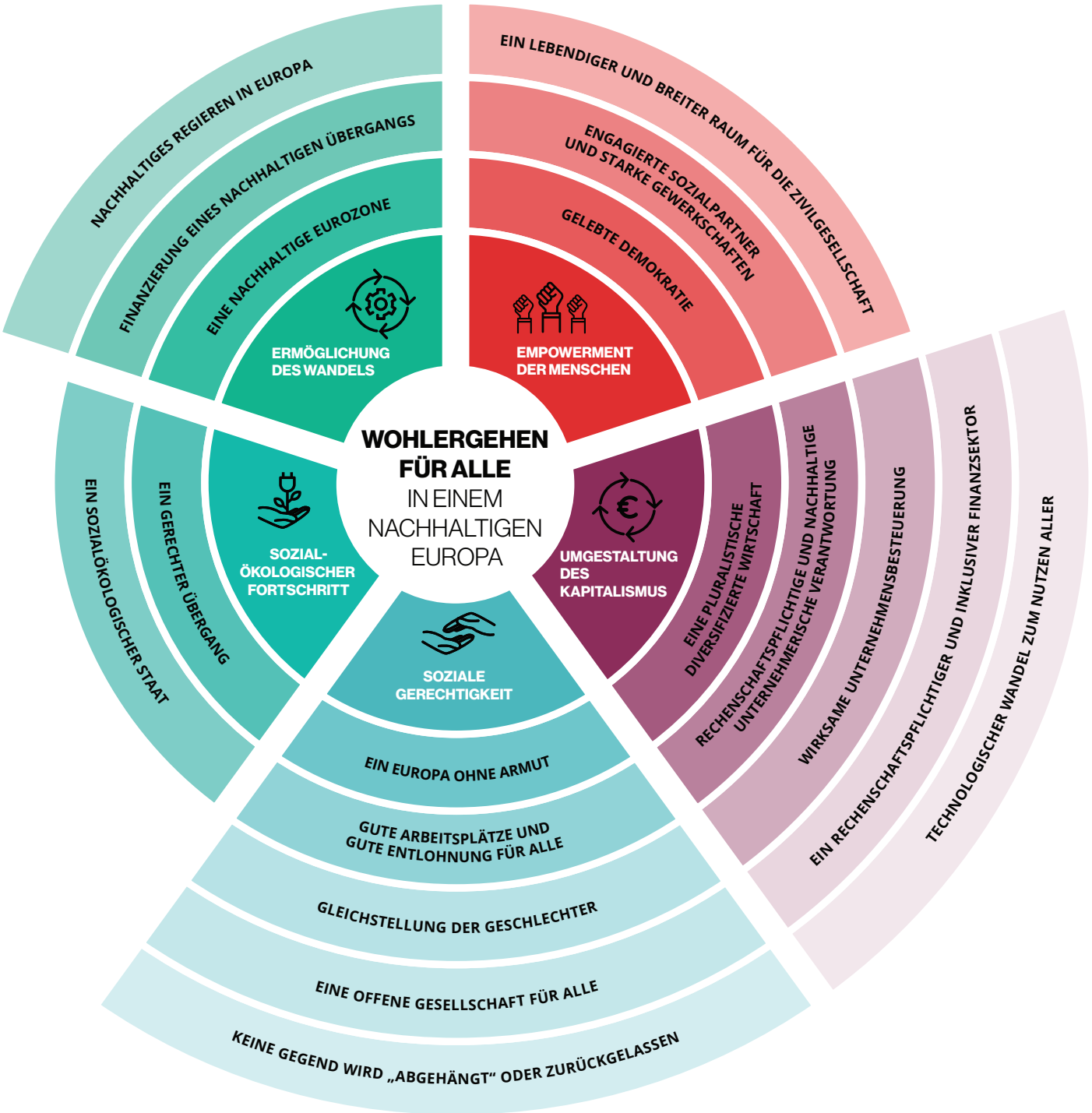
behobene Schäden zu reparieren. Für eine nachhaltige Entwicklung sind aktive Regierungen und Verwaltungen erforderlich, die den Rahmen für den Übergang zur Nachhaltigkeit abstecken und ihn steuern und unterstützen, indem sie angemessene Rechtsvorschriften festlegen und finanzielle Unterstützung bereitstellen, um entscheidende öffentliche und private Investitionen in den Bereichen Soziales, Forschung oder Infrastruktur sicherzustellen, um eine ausgewogene Erst- und Umverteilung von Vermögen und Einkommen zu erzielen und um die sozialökologischen Staaten der Zukunft zu gestalten[3]. Dazu ist es wiederum erforderlich, dass die EU-Organe sowie die nationalen, regionalen und lokalen Regierungen und Gebietskörperschaften dafür Sorge tragen, dass die öffentlichen Verwaltungen ausreichend organisiert, personell besetzt, geschult und mit Ressourcen ausgestattet sind, um eine breite Palette von Maßnahmen der öffentlichen Hand durchzuführen und um die Herausforderungen und die Komplexität des Übergangs zur Nachhaltigkeit umfassend zu verstehen und zu beherrschen.

Die politischen Maßnahmen und Strategien müssen mindestens ein Jahrzehnt lang nachdrücklich betrieben werden, um einen echten Wandel zu bewirken

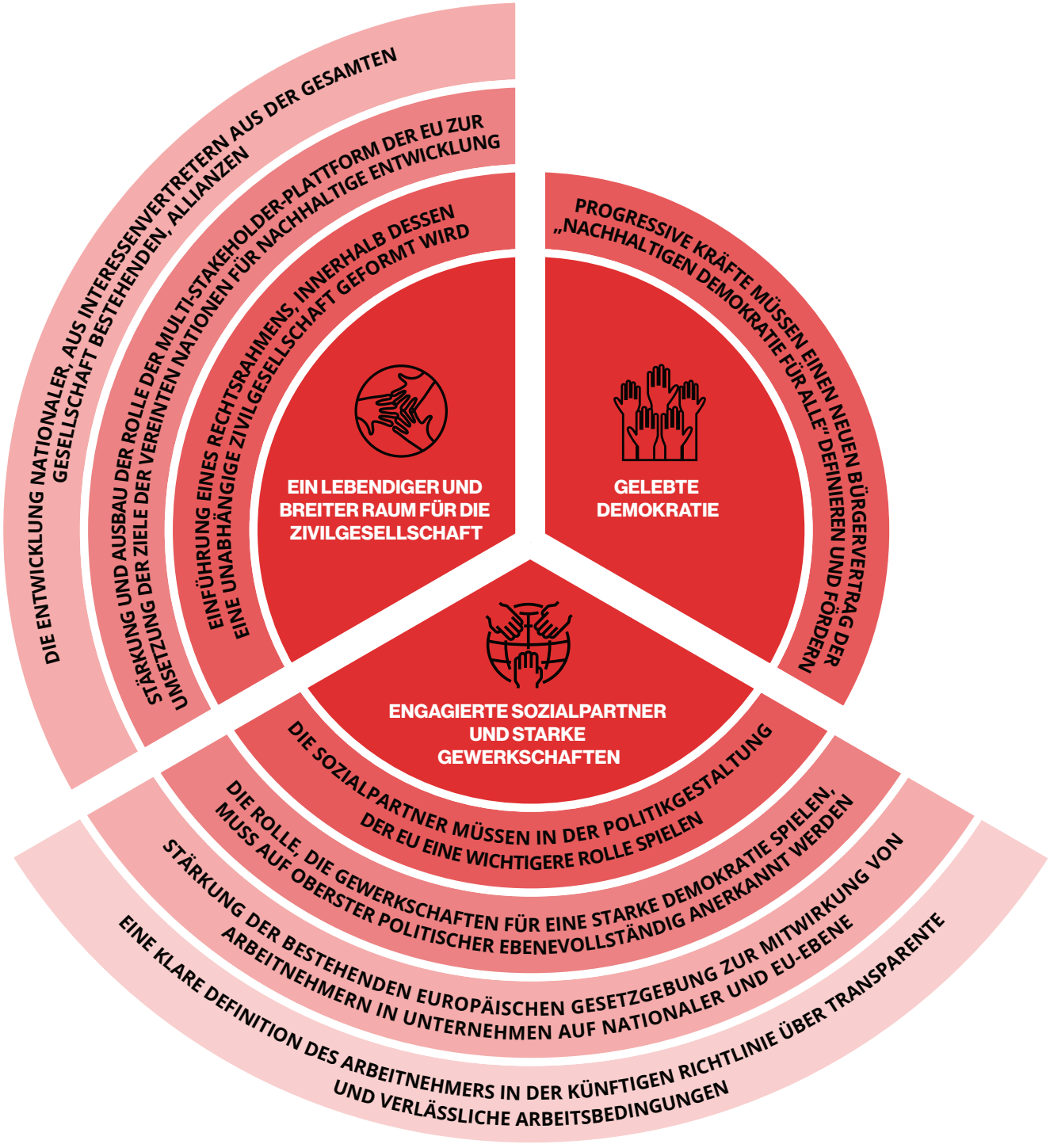
Die Empfehlungen der Unabhängigen Kommission für nachhaltige Gleichheit werden in zwei Teilen vorgelegt. Im ersten Teil liegt der Schwerpunkt auf Vorschlägen für politische Maßnahmen und Strategien zur raschen Umsetzung: So bald wie möglich in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments 2019-2024. Die Unabhängige Kommission wird den zweiten Teil ihres Berichts spätestens im April 2019 herausgeben und darin zusätzliche und detaillierte Empfehlungen für politische Maßnahmen und Strategien zur weiteren Vertiefung der erforderlichen Umgestaltung hin zu einem nachhaltigen Wohlergehen für alle vorlegen. Es wird sich um längerfristige politische Maßnahmen und Strategien über das Jahr 2024 hinaus handeln, die in diesem ersten Bericht nur kurz angesprochen werden. Sie entsprechen den Zielen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 und gehen zugleich über ihren Zeitrahmen hinaus. Damit der Wandel Wirklichkeit wird, wird Vision, Beharrlichkeit und Konsequenz beim politischen Handeln über einen ausreichend langen Zeitraum erforderlich sein, was schon für sich genommen eine erhebliche Herausforderung darstellt.

[3] Allerdings war es nicht unsere Aufgabe, politische Maßnahmen und Strategien auf globaler Ebene zu formulieren. Deshalb werden in diesem Bericht keine detaillierten Empfehlungen zu globalen Politikbereichen, wie Handel oder internationale Regulierung des Finanzsektors, vorgelegt, sondern wir konzentrieren uns auf das, was die EU „alleine" tun kann. Wir sind uns jedoch umfassend bewusst, dass globales Handeln von entscheidender Bedeutung ist, um europäisches Handeln zu ergänzen und zu ermöglichen..

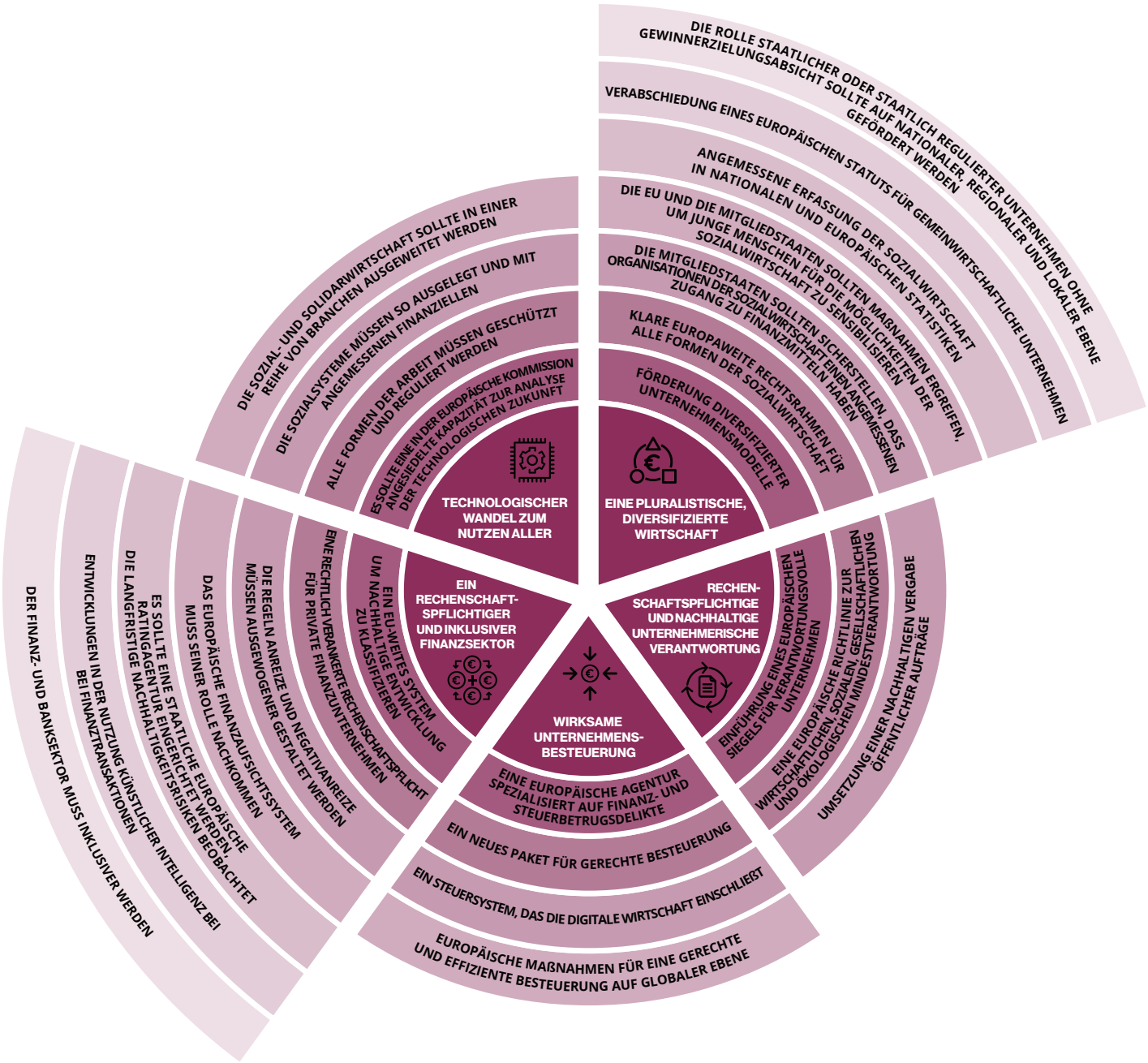
“Eine wirklich dynamische und gerechte Gesellschaft muss integrativ hinsichtlich Macht, Vertretung und Teilhabe sein, und eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft muss eine Gesellschaft sein, in der sozialer Frieden herrscht.”


WOHLERGEHEN FÜR ALLE
IN EINEM NACHHALTIGEN EUROPA
ERMÖGLICHUNG DES WANDELS
NACHHALTIGES REGIEREN IN EUROPA
FINANZIERUNG EINES NACHHALTIGEN ÜBERGANGS
EINE NACHHALTIGE EUROZONE
EMPOWERMENT DER MENSCHEN
EIN LEBENDIGER UND BREITER RAUM FÜR DIE ZIVILGESELLSCHAFT
ENGAGIERTE SOZIALPARTNER UND STARKE GEWERKSCHAFTEN
GELEBTE DEMOKRATIE
SOZIAL-ÖKOLOGISCHER FORTSCHRITT
EIN SOZIALÖKOLOGISCHER STAAT
EIN GERECHTER ÜBERGANG
UMGESTALTUNG DES KAPITALISMUS
EINE PLURALISTISCHE DIVERSIFIZIERTE WIRTSCHAFT
RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND NACHHALTIGE UNTERNEHMERISCHE VERANTWORTUNG
WIRKSAME UNTERNEHMENSBESTEUERUNG
EIN RECHENSCHAFTSPFLICHTIGER UND INKLUSIVER FINANZSEKTOR
TECHNOLOGISCHER WANDEL ZUM NUTZEN ALLER
SOZIALE GERECHTIGKEIT
EIN EUROPA OHNE ARMUT
GUTE ARBEITSPLÄTZE UND GUTE ENTLOHNUNG FÜR ALLE
GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER
EINE OFFENE GESELLSCHAFT FÜR ALLE
KEINE GEGEND WIRD „ABGEHÄNGT" ODER ZURÜCKGELASSEN

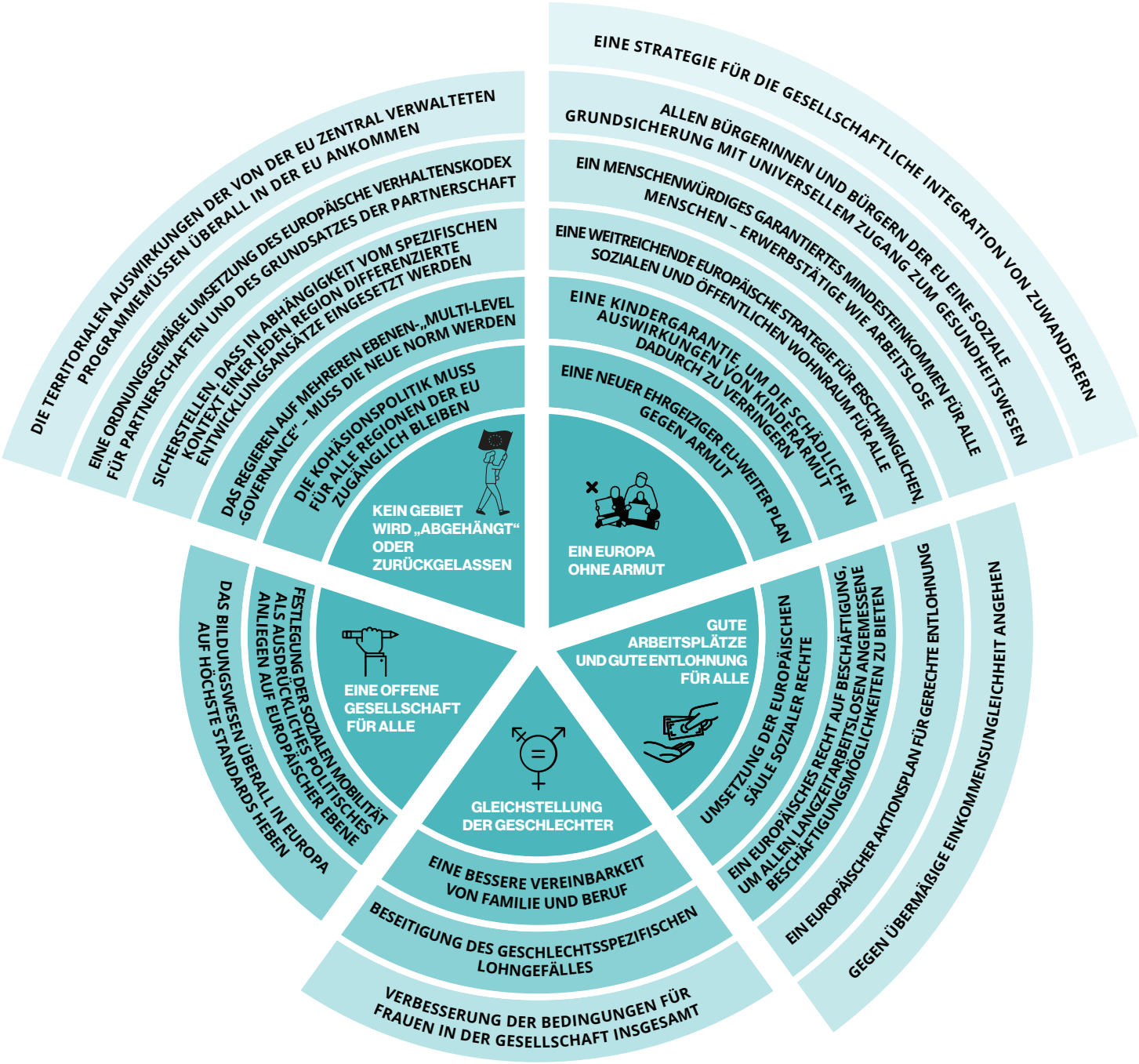
EMPOWERMENT DER MENSCHEN



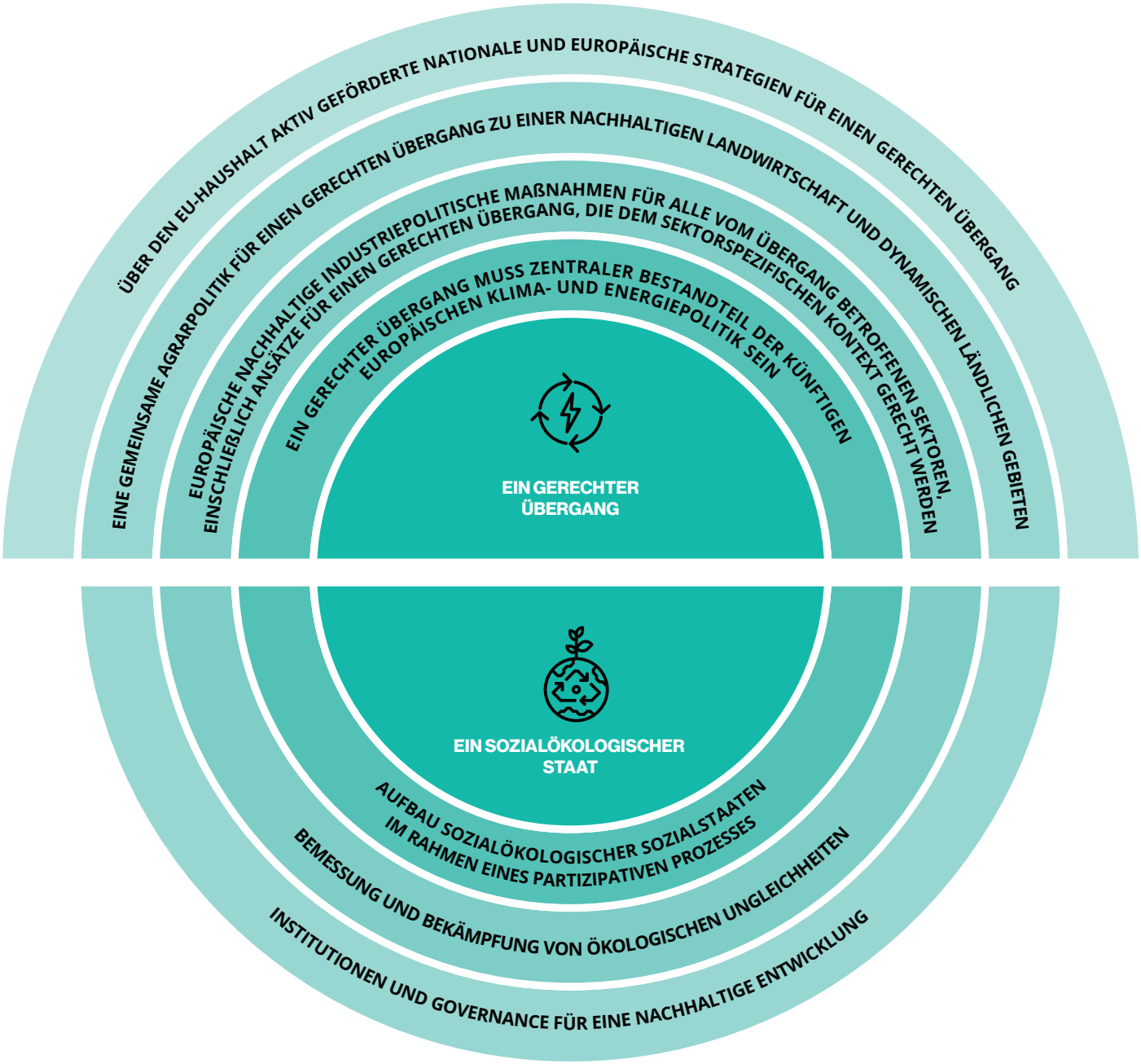
UMGESTALTUNG DES KAPITALISMUS



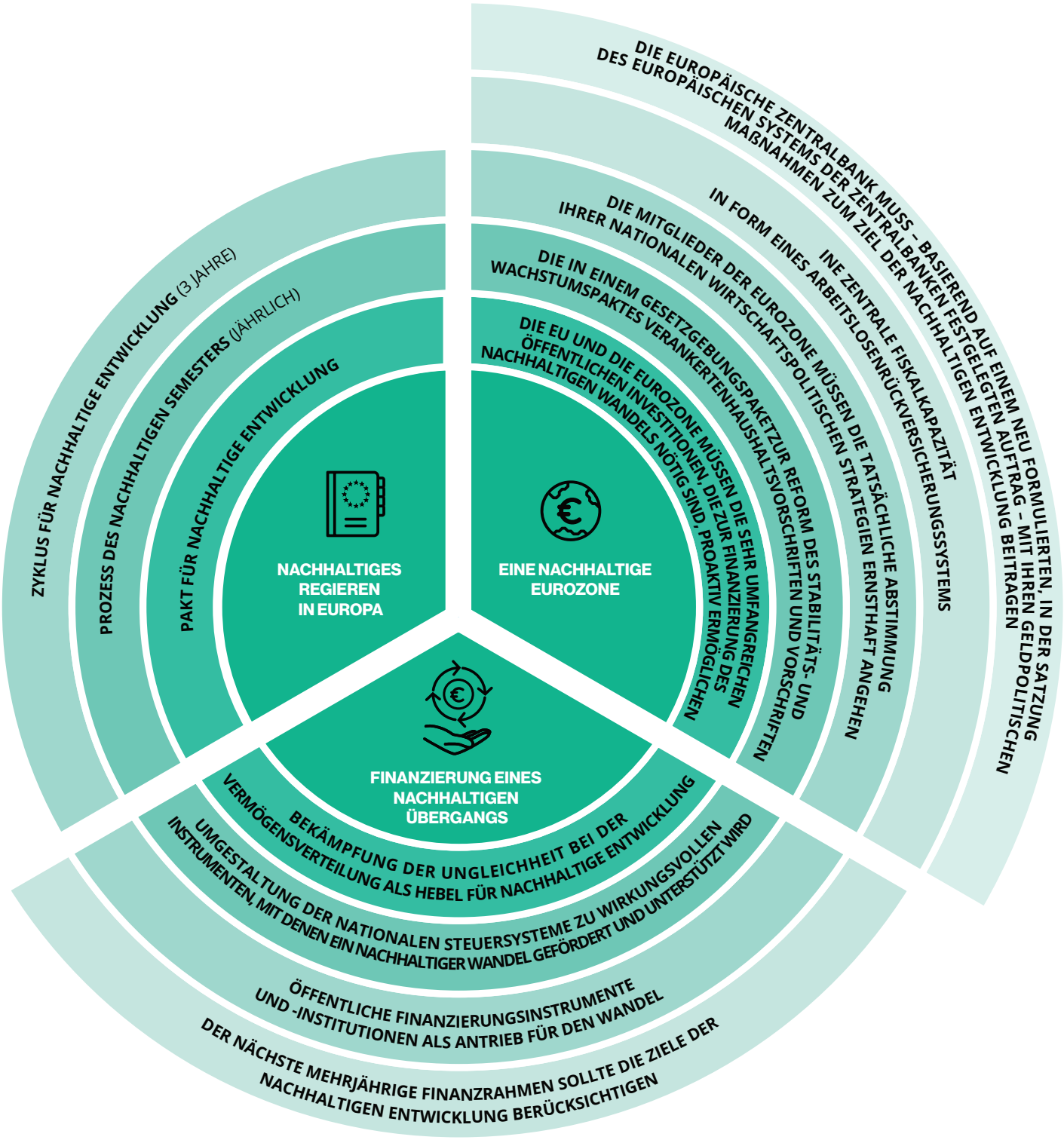
SOZIALE GERECHTIGKEIT



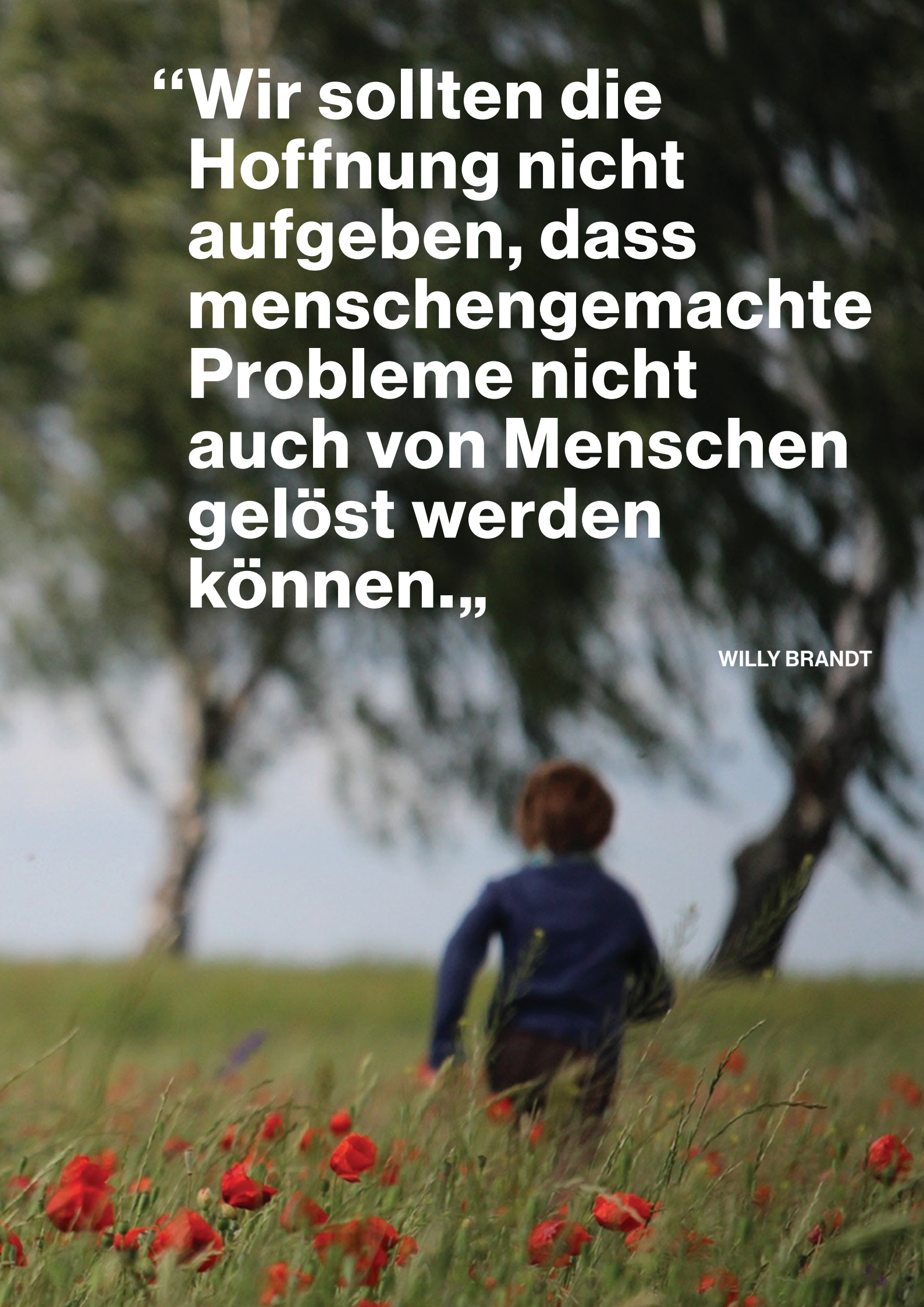
SOZIALÖKOLOGISCHER FORTSCHRITT



ERMÖGLICHUNG DES WANDELS






“Wir sollten die Hoffnung nicht aufgeben, dass menschengemachte Probleme nicht auch von Menschen gelöst werden können.„
WILLY BRANDT

“Die Unabhängige Kommission für nachhaltige Gleichheit legt nicht nur ausgesprochen relevante und dringend benötigte politische Lösungen für die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments vor, sondern sie entwirft auch eine neue langfristige Vision für eine wirklich gerechte und verantwortungsbewusste Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Eine Gesellschaft in der jeder Mensch eine menschenwürdige Zukunft hat, eine Gesellschaft, die auf tiefem Respekt für jeden Menschen und für unseren Planeten beruht, den wir so dringend schützen müssen.”

UDO BULLMANN,
Vorsitzender der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament

“Deshalb zielen die Vorschläge für politische Maßnahme und Strategien, die von der Unabhängigen Kommission in diesem Bericht vorgelegt werden, auf eine radikale Umgestaltung unserer Gesellschaften ab. Dabei wird unser seit Jahrzehnten bestehender Glaube an das Wirtschaftswachstum als Selbstzweck grundlegend in Frage gestellt. Es wird zwischen Vermögen und Wohlergehen unterschieden, die bestehende Verteilung von Einkommen, Vermögen und wirtschaftlicher Macht nachdrücklich in Frage gestellt und zu einer nachhaltigen Umgestaltung als leistungsstarke und innovative Triebfeder für den sozialen Fortschritt aufgerufen.”

LOUKA T. KATSELI & POUL NYRUP RASMUSSEN,
Ko-Vorsitzof die Unabhängige Kommission für nachhaltige Gleichheit

progressive society

www.progressivesociety.eu

@ProgressSoc

@euprogressivesociety